Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918
1899

46 (23.2.1899) I. Blatt

Visual Library

Ausgabe:
Wöchentlich zwölf mal.
Abonnementspreis:
Vierteljährlich:
In Karlsruhe durch eine Agentur bezogen: 2 Mark 50 Pf., in das Haus gebracht: 2 Mark 70 Pf., durch die Post ohne Zustellgebühr 2 Mark 50 Pf.
Vorausbezahlung.

Redaktion und Expedition.
Hirschstraße 9.

Telephonanschluß Nr. 401.

Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

Anzeigegebühr:
Die 1spaltige Kolonelzeile oder deren Raum für Lokale Inserate 15 Pf., für auswärtige Inserate 20 Pf., im Reklameteil 60 Pf. Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Bemerkungen:
Unbenützt gebliebene Einsendungen werden nicht aufbewahrt und können nachträgliche Honorar-Ansprüche keine Berücksichtigung finden.

Nr. 46 I. Blatt — Karlsruhe, Donnerstag, den 23. Februar — **1899**

Politische Uebersicht.

* Karlsruhe, 22. Februar.

Die Hafenarbeiterbewegung in Hamburg.

In einem Hamburger Telegramm unseres vorgestrigen II. Blattes war bereits kurz gemeldet, daß in einer zahlreich besuchten Versammlung der Schauerleute 532 Stimmen für die Anerkennung des Arbeitsnachweises der Arbeitgeber abgegeben wurden; 259 stimmten dagegen. Dieses Resultat bedeutet einen Sieg der besseren Einsicht der Gewerkschaftsführer über die Massen. Bis zum letzten Augenblick waren die Schauerleute entschlossen, am 21. Februar den Kampf mit den Arbeitgebern auf der ganzen Linie wieder aufzunehmen und in den Streik einzutreten. Daß sie sich nun doch noch in letzter Stunde dem Arbeitgeberverband und dem von ihm errichteten Arbeitsnachweis unterwarfen, beweist, daß sie eine Niederlage unabwendlich vor Augen sahen. Man darf das Zutrauen hegen, daß der Arbeitsnachweis in einer Weise gehandhabt wird, welche die Gefahr einer beide Teile so intensiv schädigenden Arbeitseinstellung als ausgeschlossen erscheinen läßt.

Die Entlassung Banffys.

Als der König von Ungarn vor 4 Jahren Desider v. Banffy als Ministerpräsidenten bestätigte, mochte er wohl dahin beraten sein, daß sich das Kabinett Banffy als Uebergangsministerium empfehle, bis die wegen der kirchenpolitischen Reformgesetze und deren Einführung ins Leben erregten Gemüter sich einigermaßen beruhigt hätten. So schien dem neuen Ministerium nur eine kurze Lebensdauer beschieden. Allein es kam anders. Herr v. Banffy war ein Herr von großer Schläue und er hat, kaum auf dem Ministersessel warm geworden, seine Stellung in erster Linie dazu benutzt, sich bei der Wiener Hofburg zu festigen. Auch verstand er es, sich mit der Opposition, insbesondere mit der Nationalpartei auf einen erträglichen modus vivendi zu stellen; unterdessen aber schmiedete er seine eigenen Pläne. Mit diesen trat er im Jahre 1896 nach Beendigung der Milleniumsfeierlichkeiten offen hervor. Er hatte die Zeit wohl benutzt, um sich durch allerlei Mittel und Wege die erforderlichen Summen zu verschaffen und als er das Geld beisammen hatte, wurde im Herbst 1896 der Reichstag aufgelöst und im November die Neuwahlen vorgenommen. Diese Neuwahlen bedeuteten einen Vernichtungskrieg gegen die das eigentliche Magyarentum vertretenden Oppositionsparteien mit Hilfe von Geld, Gewalt und Korruption. Seine Politik der Verdächtigungen, die ungeheuerlichen Wahlmißbräuche, die zunehmende Korruption der öffentlichen Verwaltung — alles dies forderte die politischen Gegner Banffys zum offenen Kampf gegen ihn und sein Regime heraus. Es war offenkundige Thatsache, daß es in erster Linie Banffys Person gewesen, die dem Frieden unter den Parteien im Wege stand, und nur seine Beliebtheit in der Wiener Hofburg vermochte den Ministerpräsidenten, gegen den sich schon im September ein gewaltiger Ansturm erhob, so lange zu halten. Schließlich mußte Banffy unter dem Drucke der öffentlichen Meinung zu der Erkenntnis gelangen, daß er durch sein rücksichtsloses zähes Festhalten, zu dem ihm lediglich das Vertrauen der Krone den Mut verlieh, die Person seines Monarchen in eine schiefe Lage bringe, und er gab notgedrungen seine Demission. Sein Nachfolger hat einen schweren Stand. Seine Aufgabe ist vor allem Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Parlament und die Errichtung eines unparteiischen und gewissenhaften Regierungssystems. Ueber den unmittelbaren Grund der Demission Banffys verlautet übrigens, der Kaiser habe die von Banffy gewünschte Auflösung des Abgeordnetenhauses als „verfassungswidrig" zurückgewiesen. — Koloman Szell, der neue Ministerpräsident, ist Liberaler und Protestant wie Banffy, ein Neffe Franz Deaks, des Schöpfers des Ausgleichs. Er giebt dem Rufe des Königs zuliebe den Direktionsposten der Ungarischen Bodenkredit- und Escomptebank auf, der ihm 80 000 Gulden jährlich einbrachte. Es verlautet, daß der neue Kabinettschef fast sämtliche Ressortminister der Banffyschen Administration übernehmen werde.

England an der Arbeit.

Wie man der „Pol. Korr." aus Athen meldet, verschärft sich der Zwiespalt zwischen dem Oberkommissär auf Kreta, Prinzen Georg, und dem Kommandanten des englischen Truppenkontingents, General Chermside. Im Gegensatze zu den Befehlshabern der andern Truppenkontingente treffe General Chermside administrative und gerichtliche Verfügungen, ohne sie dem Ober-Kommissar zur Kenntnis zu bringen. Prinz Georg beabsichtige, diesem Zustande sofort nach Ernennung der neuen Regierung ein Ende zu setzen, indem er dann die Truppenkommandanten zur Uebergabe der Leitung aller Angelegenheiten der Civilverwaltung an die neuen Behörden auffordern wird. Diese Nachricht der „Politischen Korrespondenz" bestätigt den Verdacht, daß England sich anschicke, dauernd festen Fuß auf der Insel zu fassen. General Chermside ist niemand anders, als der inzwischen avancierte Oberst, der sofort nach Ernennung des russischen Kandidaten, des Prinzen Georg zum Gouverneur der Insel, jene famose Petition unter den Muselmanen in Umlauf setzte, worin die Königin von England als Beherrscherin des größten muhammedanischen (indischen) Reiches um Schutz gegen die Christen (!!!) angefleht wurde. Das Hohngelächter der Welt begleitete diese Aktion. Es muß aber auch noch hervorgehoben werden, wie wenig sich England bei Verfolgung seiner politischen Interessen irgendwie von dynastischen Erwägungen beeinflussen läßt. Trotzdem der Vater des Prinz-Gouverneurs der Bruder der künftigen Königin von England ist, gerät der Vertreter dieses Landes in einen absichtlichen Konflikt mit dem von den Mächten eingesetzten Statthalter. Wenn man übrigens an die politische Spannung zwischen Rußland und England denkt, die trotz der engsten Verwandtschaft der beiderseitigen Höfe besteht, so wird man nur aufs neue den von Bismarck citierten Ausspruch „my country — wright or wrong" in einer anderen Variante vorfinden: mein Land, d. h. in diesem Falle die politischen Interessen des britischen Reiches, über alles! Man braucht an dem gemeldeten Vorgang selbst keinen Gefallen zu finden, um nicht dennoch zu erkennen, daß ein Stück gesunder Egoismus in all der englischen Rücksichtslosigkeit liegt, den eine Macht allerdings nur dann zur Anwendung bringen kann, wenn sie vermöge ihrer Flotte überall auf der Welt ein so gewichtiges Wort mitsprechen kann wie das „perfide", stolze Albion, dem der Bruder seiner künftigen Königin nicht mehr gilt als eine Schachfigur, für die die Zeit gekommen ist, aus dem Felde entfernt zu werden. Gerade auf Kreta kommt der russisch-englische Gegensatz aufs neue zum Ausdruck, denn Prinz Georg, der Lebensretter und Vetter des Zaren, ist, um dieser persönlichen Eigenschaften willen, der politische Vertreter Rußlands auf dem von England so heißbegehrten klassischen Eiland im Mittelmeer geworden, das von den richtigen Engländern als ein britischer Binnensee auf der Weltkarte angesehen wird, und in dem Kreta als ein weiterer wertvoller Stützpunkt für den Weg nach Ostindien erscheint.

Die Vorgänge auf Samoa.

Aus Apia sind neue Nachrichten eingelaufen, die das Verhalten des Oberrichters Chambers als ein unerhörtes hinstellen. Infolge der verweigerten Anerkennung der von Chambers ganz willkürlich vorgenommenen „Königswahl" seitens des deutschen Konsuls wurden sich Chambers und seine das gleiche Ziel verfolgenden englischen Anhänger schnell bewußt, daß sie dadurch die Gunst und Mehrheit aller Samoaner verscherzt hatten. Seine feige Flucht auf ein englisches Kriegsschiff motivierte der Oberrichter damit, die Mataafa-Leute wollten ihn — auf Anstiften der Deutschen — gefangen nehmen, damit er Mataafa als König anerkennen solle. Ferner seien den Anhängern des letztern große Mengen von Waffen und Munition ausgehändigt worden, um mit diesen eine ihm günstige Entscheidung herbeizuführen, deren Endziel die Vertreibung (!) der Engländer und Amerikaner bezwecke. Die englischen Schiffe machten nun gefechtsklar, nahmen aber von der von Chambers gewünschten Stellung eines Ultimatums glücklicherweise Abstand, nicht aber von der gewaltsamen Wiedereinsetzung des Herrn Chambers als Oberrichter. Gegen die Art und Weise dieses Aktes wurde deutscherseits Protest erhoben und von „Falke" ein kleines Detachement gelandet, um bei weiter um sich greifenden Unruhen das deutsche Konsulat und deutsche Interessen zu schützen; denn die schnell verbreitete Nachricht, daß die englischen Kriegsschiffe in Gefechtsbereitschaft lägen, machte den Ausbruch eines allgemeinen Kampfes ziemlich wahrscheinlich. Unter diesen Umständen wird es von den auf Samoa lebenden zahlreichen Deutschen besonders bedauert, daß gegenwärtig ihre Interessen nur von dem kleinen „Falke" gewahrt werden können, so sicher und fest dies auch geschieht. Die Deutschen Samoas, speziell die von Apia, beschlossen die Anfertigung einer Denkschrift, in welcher die deutsche Regierung eindringlichst ersucht wird, die Abberufung des Oberrichters Chambers bei der amerikanischen Regierung zu beantragen und durchzusetzen. Unter der Geschäftsführung desselben könnten auf Samoa niemals ruhigere Verhältnisse einkehren; den Haß der Eingeborenen habe sich Chambers nicht nur durch seine verdächtige Haltung vor und während der Königswahl zugezogen, sondern schon viel früher durch sein Privatleben und durch eine stattliche Reihe sehr parteilicher Urteile.

Der Bau des Nicaragua-Kanals

wird, wie die „Times" zugeben, von den Vereinigten Staaten als notwendig zur zollpolitischen Kontrolle Centralamerikas erachtet, ähnlich wie der Suezkanal zu einer solchen über Aegypten geführt hat. Der Artikel des Cityblattes würdigt die historische und praktische Bedeutung des Projekts und erklärt sich bereit, der Aufhebung des Clayton-Bulwer-Vertrags, der den gemeinsamen Bau und Besitz des Kanals durch England und Amerika vorsieht, zuzustimmen im Interesse der Entwickelung der Sache zu ausschließlichen Gunsten der Vereinigten Staaten. Die „Times" betonen, daß England unleugbare Vertragsrechte besitzt, für die es gezahlt hat und die es nicht ohne Entschädigung aufgeben kann; daß es aber bereit ist, zuzugeben, daß Amerikas Interesse an dem Kanal vitaler ist, als das seine, und deshalb anzuerkennen, daß es als Akt der Freundschaft unter billigen Bedingungen in eine Aufhebung des Vertrages willigen sollte. Die Bedingungen würden in sich schließen: die offene Thür zum Pacific für seine Schiffe im Frieden und in allen Kriegen, an denen die Vereinigten Staaten nicht beteiligt wären, und ohne Zweifel Kompensation irgendwelcher Art anderswo.

Deutsches Reich.

* **Das Jerusalemskreuz.** Es dürfte wohl in weiteren Kreisen kaum bekannt geworden sein, daß der Kaiser in Jerusalem zur Erinnerung an die Einweihung der Erlöserkirche an hervorragende, hierzu geladene Persönlichkeiten eine Art Orden, das Jerusalemskreuz, verliehen hat. Die Tragweise ist nun durch Allerhöchste Ordre verfügt worden, und zwar soll das Kreuz unmittelbar hinter den Kriegsdenkmünzen, außerdem auch im Knopfloch des Ueberrockes und des Frackes getragen werden. Das Kreuz ist von Prof. Doepler dem Jüngeren nach Angaben Seiner Majestät entworfen und besteht aus 4 kleinen rot emaillierten Kreuzen, die zusammen ein Kreuz bilden und eine gewisse Aehnlichkeit mit dem Stiftsorden vom Heiligen Grabe zeigen. Außer dem Prof. Doepler und dem Fabrikanten hatte vor der Verleihung niemand etwas davon erfahren. Außerdem schenkte der Kaiser noch als Erinnerung an einzelne Persönlichkeiten ebenfalls von Prof. Doepler modellierte bronzene Plakette mit seinem Bildnis in Gardes-du-Corps-Uniform.

* **Deutsche Kolonien.** In Deutsch-Ostafrika ist man nicht ohne Besorgnis, daß die Beulenpest, die bereits in Mauritius aufgetreten und auch nach Transvaal verschleppt worden ist, durch den Schiffahrtsverkehr mit Indien hereingeschmuggelt werden kann. Jedenfalls müssen strenge Maßregeln zur Kontrolle des Zuzugs aus Indien ergriffen werden, damit nicht aus der Kolonie eine Ansteckungsgefahr für das Reich selbst entsteht.

* **München**, 21. Febr. Die Demissionsgerüchte des Kriegsministers Frhr. v. Asch werden trotz offiziöser Dementis wieder erneuert. Das „Vaterland" brachte die Nachricht zuerst mit dem Hinweis, daß Frhr. v. Asch das Generalkommando über das neu zu errichtende bayerische 3. Korps erstrebe. Ein bayerischer Kriegsminister ist bekanntlich nicht auf Rosen gebettet. — Dem Bundesrat ist der Entwurf zur Errichtung eines bayer. Militärstrafsenats zugegangen.

Ausland.

Frankreich.

♂ **Paris**, 21. Febr. Nach neueren Meldungen wird der Generaladjutant des deutschen Kaisers, Fürst Radziwill, die deutsche Spezialkommission beim Begräbnis des Präsidenten Faure anführen. Seltsame Wandlungen der Weltgeschichte! Fürst Radziwill hat s. Zt. dem französischen Botschafter Benedetti in Ems die berühmte Antwort König Wilhelms übermittelt, welche die Kriegserklärung 1870 zur Folge hatte. Nach beinahe 29 Jahren vertritt derselbe Offizier den Enkel des Besiegers von Paris bei einem Anlaß, der die Beziehungen einer angenehmen Höflichkeit zwischen den beiden ehemals feindlichen Ländern zum Ausdruck gelangen läßt. Begleitet ist Fürst Radziwill bekanntlich u. a. von dem Flügeladjutanten des Kaisers, der den für französisches Empfinden gleichfalls bedeutsamen Namen Moltke trägt. Wer hätte gedacht, die Zeiten zu erleben, in denen man an derartigen Personalien keinen Anstand mehr nimmt!

Ein Besuch im Elysee.

A. R. — Paris.

(Nachdruck verboten.)

Jedem, dem Gelegenheit geboten ist, das Elysee zu besuchen, muß es unwillkürlich auffallen, daß diese Residenz, bestimmt, den jeweiligen Präsidenten der Republik, den Mann, der sozusagen aus der Mitte des Volkes durch den Volkswillen hervorgeht, zu beherbergen, die meisten Paläste, in denen Kaiser und Könige wohnen, an Pracht übertrifft. Das Beispiel des verstorbenen Präsidenten Faure zeigt aber, daß dieser anscheinende Kontrast den Volkserwählten garnicht so zum Bewußtsein kommt und daß diejenigen, die nicht im Palast geboren, auf diesem Parkett, ohne zu gleiten, recht bald nachträglich gehen lernen. So hatte Faure z. B., wenn er im Sommer in weißem Flanell gekleidet, behaglich eine Cigarre rauchend oder mit seiner Gattin plaudernd auf der Terrasse lustwandelte, sicherlich das Gefühl, vollständig „zu Hause" zu sein.

Das Elysee, dessen Pracht historisch ist, wurde vor etwa 300 Jahren, damals für einen Grafen, erbaut. Dann wurde es von der Pompadour bezogen, die hier wahrhaft „königlich" haushielt.

Die riesigen Dimensionen des Palais sind charakteristisch und stehen im krassen Gegensatz zu dem Weißen Hause, dem Domizil des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Das ganze Weiße Haus könnte fast in dem großen Speisesaal des Elysee Platz finden.

In diesem großen Speisesaal gab der verstorbene Präsident das historische Bankett zu 225 Gedecken zu Ehren des russischen Herrscherpaares im Jahre 1896. Der Saal ist mit kostbaren Gobelins geschmückt, die großen Kristall-Kronen tragen Hunderte von elektrischen Birnen und beleuchtet zeigt der Saal geradezu überraschenden Lichteffekt.

Dieser Speisesaal wird auch als Tanzsaal benutzt. Nach dem Diner werden die Gäste nach dem Wintergarten geleitet und in höchstens 20 Minuten sind die Tische beseitigt, die Teppiche aufgerollt und der glatt polierte Fußboden ladet zum Tanz.

Zu kleinen Staats-Diners dient ein anderer, 30 Personen fassender Speiseraum, der seinem großen Nachbar an Schönheit nichts nachgiebt. Er ist mit den kostbarsten Sevres-Vasen, die auf goldgeschmückten Piedestalen von Marmor stehen, geschmückt. An der einen Längswand erhebt sich ein Fontänenbassin aus weißem Marmor, das von einem mächtigen Pfau aus Sevres-China-Porzellan gekrönt wird, dessen kostbarer, zerbrechlicher Schweif fast den Fußboden berührt.

Ein besonders historisches Gemach ist der „Salon des Souveräns", dessen Wände Monarchenporträts schmücken, die auf Geheiß Napoleon III. hier ihren Platz fanden. In diesem Zimmer unterzeichnete Napoleon seine zweite Abdankung.

In dem „Salon de Conseil", in dem Napoleon III. seinen Staatsstreich vorbereitete, pflegte der verschiedene Präsident Faure die hohen Würdenträger zu empfangen.

Auch über den Faschoda-Fall, der ja dem Präsidenten das bereits kranke Herz gebrochen haben soll, dürften die Wände des Salons so manches zu erzählen wissen.

Der sogenannte „Salon des Huissiers" ist besonders interessant durch einen Spiegel, der in einem großen Goldrahmen, den eine Krone und ein goldenes „E" schmückt, steht und eines der wenigen Stücke ist, die aus den Trümmern der Tuilerien gerettet wurden. Das „E" bedeutet: „Kaiserin Eugenie".

Die Privatgemächer befinden sich über den Staatsgemächern und gehen mit ihren Fenstern nach dem Garten hinaus. Das Studierzimmer, in dem Faure sein Leben aushauchte, ist mit Büchern wissenschaftlichen Inhalts gefüllt. Dagegen ist die Litteratur sehr schwach vertreten.

Das Schlafzimmer Faures war kostbar ausgestattet und mit scharlachrotem Tuch gepolstert.

Der sich hinter dem Elysee ausdehnende Garten ist prachtvoll gepflegt. Den Mittelpunkt bildet ein See. Auf einem offenen Grasplatz erhebt sich ein Baum, der von Napoleon III. eigenhändig zu Ehren des Staatsstreiches gepflanzt wurde.

Intimes über Loubet.

A. R. — Paris.

(Nachdruck verboten.)

Es giebt wohl keine größeren Gegensätze, als den verstorbenen Präsidenten Faure, das Bild vollendeter weltmännischer Eleganz, und seinen Nachfolger, der so garnichts von dem eleganten Weltmann an sich hat.

Wenn Loubet nicht die großen eisenbeschlagenen Stiefel, die er sich auf seinen Wahltouren sogar von den einflußreichen Bauern seines Departements zu entleihen pflegte, zu tragen braucht, ist es sein größtes Vergnügen, es sich in Pantoffeln bequem zu machen.

Fast alle Tage kommt er derart beschuht zum Essen — trotzdem er als Senatspräsident bisher im Palast Luxembourg wohnte, der Aufzug also wenig zu der Ausstattung seines Domizils paßt.

Er ißt mit gutem Appetit, besonders wenn er von der Jagd kommt, die er leidenschaftlich liebt, und ihm seine Frau persönlich die erbeuteten Jagdtrophäen zubereitet hat. Der Knoblauch wird nicht verschmäht und um nachher den strengen Geruch zu beseitigen, greift Loubet zu einer jener starken Pfeifen, die er immer bereit hat, und die er mit Vorliebe raucht.

Die Eingeladenen können übrigens ebenfalls die Pfeife rauchen, oder sich auch an die 10 cm lange Cigarre halten, die meistens am Parlaments-Buffet erstanden, für sie bereit gestellt wird.

Der neue Präsident wird sich dem vorgeschriebenen Ceremoniell nicht gerne fügen und seine freie ungebundene Art, sich zu geben, wird wohl auch fortan öfters diese Schranken ebenso durchbrechen, wie der ausgeprägte, unverwüstliche Humor seiner Lebensgefährtin. Die so ausgezeichnete Dame ist jeder Verstellung unfähig. Sie sagt alles, was und wie sie es denkt, sie kann, wie man so zu sagen pflegt, nicht den „Mund halten". So viel ist sicher, langweilen werden sich die Gesandten und ihre Damen nicht, wenn die neue Präsidentin sie empfangen wird.

Und auch für die Souveräne, die 1900 zur Ausstellung nach Paris kommen sollen, dürfte diese offenherzige Präsidentin eines großen Staates etwas Neues sein.

Was wird aber aus all' dem Faureschen Luxus werden? Was aus den herrlichen Pferden, denn Loubet reitet nicht, wie sein Vorgänger. All' die Eleganz dürfte ihm ein wenig fremd und unbequem vorkommen und bald von ihm nach Möglichkeit abgestoßen werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

* **Paris**, 21. Febr. Der Londoner „Daily Telegraph" meldet aus Cayenne, der dortige Generalprokurator habe erklärt, nur die Ueberführung des Dreyfus nach Paris könne volle Klarheit schaffen, was aber die Regierung ablehne.

Afrika.

* **Alexandrien**, 21. Febr. Nachdem das italienische Konsulargericht die angeklagten italienischen Bombenattentäter freigesprochen und gegen den Denunzianten (Italiener) Anklage wegen wissentlich falscher Anschuldigung erhoben worden ist, gewinnt die von uns früher bereits angedeutete Wahrscheinlichkeit immer mehr Raum, daß das Attentat von der englisch-ägyptischen Polizei ausgeheckt war, um das Kaiserpaar von dem Besuch des türkischen Vasallenfürsten Abbas Pascha, der eigentlich ein englischer Statthalter geworden ist, abzuhalten.

* **Alexandrien**, 21. Febr. Die Gemahlin des Khedive, dessen Ehe bisher 3 Töchter entsprungen waren, wurde gestern von einem Sohn entbunden.

Baden und Nachbarländer.

○ **Mannheim**, 21. Febr. Der hiesige Bürgerausschuß hielt heute eine Sitzung ab, in der zunächst die Vorlage des Stadtrats, das Gehalt des Herrn Oberbürgermeisters Beck von 15000 M. auf 20000 M. zu erhöhen, mit allen gegen 2 Stimmen genehmigt wurde. Weiter wurden die schon besprochenen Vorlagen des Stadtrats auf Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten um 20000 M., des Hoftheaterorchesters, sowie des Chors, des Ballets und des technischen Personals um ca. den gleichen Betrag und der städtischen Arbeiter um 46000 M. genehmigt. Der Stadtrat stellte für die nächste Zeit die Errichtung einer Pensions-, Witwen- und Waisenkasse für die Arbeiter in Aussicht. Auch die vom Stadtrat vorgeschlagenen Gehaltserhöhungen des städt. Syndikus Dr. Landmann, des Vorstandes des statistischen Amtes Dr. Schott und des Sparkassenvorstandes Direktor Schmelcher fanden die einhellige Zustimmung des Bürgerausschusses. Sehr gut erging es ferner Herrn Stadtbaurat Uhlmann, dem Vorsteher des Hochbauamtes. Derselbe sollte nach dem Vorschlage des Stadtrats eine Erhöhung des Gehalts von 7000 M. auf 8500 M. bekommen, der Bürgerausschuß war damit aber nicht zufrieden, vielmehr wurde aus seiner Mitte heraus der Antrag gestellt, Herrn Uhlmann gleich 10000 M. zu gewähren. Der Stadtrat beschloß, eine neue Vorlage auszuarbeiten und zog deshalb die alte zurück. Genehmigt wurde auch auf der andern Seite die Erhöhung des Eintritts für die Parterrelogen des Theaters von 500 M. auf 550 M. und für die Logen 1. Ranges von 600 M. auf 650 M. Bei dieser Gelegenheit kam man auch auf das Gastspiel der Karlsruher am letzten Sonntag zu sprechen und äußerte sich dahin, daß dem Mannheimer Künstlerpersonal nur ein Mottl fehle, um wahrhaft Künstlerisches zu leisten.

* **Mannheim**, 21. Febr. Ein geriebener Schwindler wurde hier in der Person des Schreibers Reuter aus Mosbach verhaftet. Reuter erließ ein Inserat, worin er eine kautionsfähige Verkäuferin für ein Papierwarengeschäft in Ludwigshafen suchte. Eine Reflektantin meldete sich, verpaßte aber den Zug und traf den „Prinzipal" nicht an. Sie erkundigte sich auf der Polizei nach dem Namen des Geschäfts; dieser war von einem solchen nichts bekannt. Eingezogene Erkundigungen hatten den Erfolg, daß Reuter als Aufgeber des Inserats entdeckt wurde.

Heidelberg, 21. Febr. In dem neuesten Heft der Mitteilungen über die Baugeschichte des Heidelberger Schlosses veröffentlicht Baudirektor Durm einen Aufsatz: „Die Gründungshypothesen des Heidelberger Schlosses". Im Mittelpunkt des Aufsatzes stehen die frühgotischen Fensterreste, die vor einigen Monaten bei Renovierungsarbeiten in der Mauer, die dem Friedrichsbau und dem Gläsernen Saalbau gemeinsam sind, aufgefunden wurden und derenwegen es schon zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Presse gekommen ist. Bis zur Auffindung dieser Fensterreste war der Stand folgender: Aus Urkunden und Chroniken geht hervor, daß schon in früher Zeit außer dem oberen Schlosse (der Molkenkur) ein zweites bestanden hat, wie früh, darüber gingen die Ansichten auseinander. Nun wurde aber im letzten Jahrzehnt eine bautechnische Aufnahme der gesamten Heidelberger Schloßruine gemacht. Wenn dabei auch nicht speziell auf die genaue Datierung der einzelnen Teile abgehoben wurde, so kam diese bautechnische Aufnahme doch zu dem Schluß, daß von dem, was man heute vom Schloß sieht, nichts über das 15. Jahrhundert, etwa das Jahr 1430, zurückgeht. Es erhob sich also die Frage: wenn doch schon vor dieser Zeit zwei Schlösser, ein oberes und ein unteres, genannt wurden, wo stand dann das untere? Stand es an der Stelle des jetzigen Schlosses, nur daß seine Reste vielleicht in der Erde stecken, oder daß überhaupt keine Reste von ihm vorhanden sind; oder stand es etwa an einer anderen Stelle? Mit der Auffindung der genannten frühgotischen Fensterreste ist nun Licht in diese Sache gekommen. Die Fenster stammen aus der Zeit der zweiten Hälfte des 12. oder dem Beginn des 13. Jahrhunderts und sie befanden sich, das ist unzweifelhaft, noch an ihrer ursprünglichen Stelle; also stammt auch die Mauer, in der sie sich befinden, und das Fundament unter ihr aus jener Zeit. Sehr richtig war bei der bautechnischen Aufnahme erkannt worden, daß diese Mauer den ältesten Teil der vorhandenen Schloßreste darstelle; wären die Fensterreste nicht vermauert gewesen, so hätte man sie wohl gleich richtiger datiert, so aber entstand die Annahme, daß auch sie nicht über das 15. Jahrhundert hinausreichen. Hier aber haben die urkundlichen Aussagen Unterstützung durch steinerne Zeugen erhalten und Durm schließt mit dem Satze, daß da, wo jetzt die Schloßruine steht, schon zur Zeit Konrads von Hohenstaufen ein Herrensitz stand, wie das von dem alten Chronisten Mutius und nach ihm von Teithemius behauptet wird.

H. **Sinsheim**, 21. Febr. In 1½tägiger Sitzung wurde vor einigen Tagen beim hiesigen Schöffengericht gegen 18 Burschen aus dem benachbarten Weiler verhandelt, die alle wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, 3 davon außerdem wegen Beleidigung und 1 wegen groben Unfugs (Läuten der Sturmglocke) angeklagt waren. In der Nacht des 6. November hatten eine Anzahl von 40—50 jungen Leuten, die vom Polizeidiener Feierabend geboten bekamen, diesen in corpore überfallen und blutig geschlagen, wobei freilich einige derselben von dem Polizisten mit dem Säbel derart verletzt wurden, daß der Bezirksarzt die ganze Nacht mit dem Verbinden der Verwundeten zu thun hatte. Das Haus des Ratschreibers, in welches sich der Polizeidiener alsdann flüchtete, wurde außerdem bestürmt, die Fenster eingeworfen und um den Skandal auf die Spitze zu treiben, zog man auch noch die Sturmglocke. Daß die Angeklagten so mild davonkamen — die höchste Strafe beträgt 8 Wochen, vier wurden überhaupt freigesprochen — haben dieselben wohl nur der in Süddeutschland herrschenden milderen Beurteilung derartiger Ausschreitungen zu danken, denn die Vorgänge in der fraglichen Nacht haben große Aehnlichkeit mit den Roheiten, die im Löbtauer Prozeß festgestellt wurden. (Die Aehnlichkeit kann sich übrigens nur auf den äußeren Verlauf der Roheiten beziehen; im Löbtauer Fall aber wurden die hohen Strafen in erster Linie mit Rücksicht auf den Ursprung des ganzen Zusammenstoßes ausgesprochen. Bekanntlich drangen in Löbtau Arbeiter in eine fremde Arbeitsstelle ein, um die dort beschäftigten Arbeiter von der Arbeit abzuhalten. Diesen wichtigsten Umstand darf man bei der Beurteilung des Löbtauer Falles nie aus dem Auge verlieren. Die Red.)

♁ **Baden-Baden**, 20. Febr. Nach dem Voranschlag der Kreiskasse Baden für das Jahr 1899 betragen die Gesamtausgaben 270700 M., die Gesamteinnahmen dagegen nur 146600 M., sodaß durch Umlagen 124100 M. zu decken sind. Das erfordert bei einem Steuerkapital von 335942852 M. eine Umlage von 37 Pf. auf 1000 M. Steuerkapital. Unter den Einnahmen bilden die Hauptposten: der Staatsbeitrag mit 54480 M., die Beiträge der Gemarkungsgemeinden zur Unterhaltung der Kreisstraßen und Kreiswege 72944.09 M., Kapitalzinsen 2312 M., sonstige Einnahmen 6795.74 M. Bei den Ausgaben sind besonders hervorzuheben: der Aufwand auf die Straßen und Wege mit 162992.95 M., für Unterrichtsanstalten 20420 M., für die Armenpflege 48900 M., für Förderung der Landwirtschaft 6500 M., für Förderung des Obstbaues 3200 M., für Schuldentilgung 8443 M. Bemerkenswert ist, daß die Kreissteuerkapitalien um nahezu 13 Millionen zugenommen haben. Die diesjährige Kreisversammlung findet am 6. April statt.

* **Achern**, 21. Febr. Gestern vormittag wurde die verstorbene Fürstin Variatinsky auf dem Illenauer Friedhof beigesetzt. Der Trauerfeierlichkeit, nach griechisch-katholischem Ritus, wohnten hervorragende Abgesandte aus Baden und Rußland bei. Die edle Verstorbene wird später in ihre Heimat übergeführt werden. (Mb. N.)

* **Kehl**, 19. Febr. In der Nacht vom 26. auf 27. Januar wurde lt. „Kehl. Ztg." in Dorf Kehl beim Gasthaus „zum Löwen" ein Futtertrog über das Gleise der Lokalbahn gelegt und beim Roßschen Sägewerk eine Weiche dieser Bahn umgestellt. Da sich derartige Bubenstreiche immer häufiger wiederholen, hat die Direktion der Straßburger Straßenbahnen auf die Ermittelung des oder der Thäter eine Belohnung von 50 M. ausgesetzt.

* **Lahr**, 20. Febr. Eine von vielen Einwohnern unterzeichnete Eingabe an den Stadtrat fordert die Gründung einer staatlichen Realschule.

≌ **Kenzingen**, 20. Febr. Daß die Jesuitenlogik bei uns schon jetzt vorbereitet wird, zeigt die Besprechung, welche das ultramontane „Echo von Baden-Baden" dem Fall Katzenmayer widmet. Das Blatt hält zwar dessen Beleidigungsprozeß für „undelikat" und dessen Entfernung von hier „aus Gründen der Autorität und der seelsorgischen Fürsorge" für wünschenswert, spricht aber dem Gemeinderat die „rechtliche Befugnis" ab, durch Verweigerung der Abhaltung von Kirchen-Gemeindeversammlungen im Rathause, über das eben jener Gemeinderat zu verfügen hat, den Pfarrer zu „boykottieren", kommt sogar zu dem Ausspruche: „Nach dem gehässigen Verhalten kann man sich ungefähr denken, wie der Pfarrer gereizt worden sein muß!!" Das heißt denn doch Ursache und Wirkung auf den Kopf stellen! Als ob nicht lediglich der Pfarrer von vornherein derjenige gewesen wäre, der den ganzen Streit vom Zaune gebrochen hat und der gegen kurze, rein sachliche Richtigstellungen allein mit gröblichen Beleidigungen vorgegangen ist! Das würde den Herren allerdings passen, daß man das Urteil als „ausreichende Genugthuung" betrachtet und den Herrn Pfarrer sein Treiben von Neuem beginnen ließe. „Was liegt ihnen daran, daß alle ihre Entstellungen und Lügen tausendfach wiederlegt sind; sie bringen sie mit einer Unverschämtheit und Keckheit ohne gleichen tausenmal wieder": wenn diese Worte nicht in dem Fastenhirtenbriefe des Bischofs von Fulda stünden, könnte man sie am Ende dem „Echo" ins Album schreiben. Inzwischen nimmt der Herr Stadtpfarrer Katzenmaier ruhig seine Predigten wieder auf und unterläßt dabei nicht einmal, den Kirchenbesuchern von den „giftigen Pfeilen, die am Worte Gottes abprallen und auf die Verleumder zurückfallen", zu reden. Wenn bei solchen und ähnlichen heftigen Predigtworten selbst die Kinder anfangen, sich über die Worte ihres Prediges aufzuhalten, so darf er sich darüber ebensowenig wundern, wie über das Fernbleiben ganzer strenggläubiger Familien und namentlich der Männerwelt aus seinem Gottesdienste. Wir sind mit dem „Echo" einverstanden, daß alles das der Seelsorge und kirchlichen Autorität nachhaltigen Schaden bringt und können deshalb auch dem Gerüchte keinen rechten Glauben beimessen, daß Herr Katzenmaier erst nach dem Weißen Sonntage aus der hiesigen Seelsorge scheidet, denn die geistige Fassungsgabe, die Empfindung der an diesem Tage die erste heilige Kommunion empfangenden Kinder ist doch schon so weit entwickelt, daß sie, mit den jüngsten Geschehnissen vertraut, in eigentümlicher Gemütsverfassung ihrem Seelsorger gegenübertreten werden.

□ **Elzach**, 20. Febr. Häufig kommen Reisende zu kleinen Geschäftsleuten, Krämern, Handwerkern, um sie mit großer Zungenfertigkeit zum Ankauf von Droguenschränken zu veranlassen, indem sie ihnen einen großen Nutzen vorspiegeln, den der Verkauf von Droguen abwerfen soll. Sie sprechen von einem Versuche, den die Betreffenden machen sollen, lassen die Leute aber Formulare unterschreiben, die sie zur Annahme und Bezahlung der Droguenschränke zwingen. Kürzlich wurden zwei solche Biedermänner, Reisende der Firma Pralle u. Beese in Schöneberg, vom Schöffengerichte wegen Betrugs zu Gefängnisstrafen verurteilt und das Landgericht hat das Urteil bestätigt.

* **Eichstetten**, 21. Febr. Am Sonntag abend 10 Uhr 13 Min. wurde hier nach der „Brsg. Ztg." ein gelinder Erdstoß verspürt. Ein kurzes Rollen von Westen nach Osten war etwa 2 Sekunden wahrnehmbar.

* **Freiburg**, 20. Febr. Der hiesige Bauverein auf genossenschaftlicher Grundlage ist nun endgiltig gegründet worden. Vorsitzender ist Herr C. Sieder. Der Verein zählt bereits 122 Mitglieder und hat den Zweck der Erbauung gesunder, billiger und solider Wohnungen, vorzüglich für die Arbeiterklasse, Kleinhandwerker und niederen Beamten, die Erwerbung von Gebäuden zur Vermietung an die Mitglieder, unter Ausschluß des Wuchers.

* **Freiburg**, 21. Febr. In der juristischen Fakultät der Universität hat sich Rechtsanwalt Dr. Beyerle jun. aus Konstanz als Privatdozent für Civilrecht habilitiert.

* **Vom Bodensee**, 19. Febr. Wegen Erstellung einer Bahn von Ravensburg nach Wangen fand am Dienstag in Bodnegg eine Versammlung statt, an der sämtliche interessierten Gemeinden vertreten waren. Es wurde beschlossen, an der Linie Markdorf-Ravensburg-Weingarten-Grünkraut-Bodnegg-Amtzell-Wangen festzuhalten und Delegierte für das große Bahn-Komitee in Ravensburg zu beordern. (Konst. Ztg.)

* **Ueberlingen**, 20. Febr. Gestern nachmittag verschied nach kurzem Leiden Herr Fr. X. Kimmicher, Kustos des städt. Kulturhistorischen- und Naturalien-Kabinetts, im Alter von 76 Jahren.

* **Conweiler**, 20. Febr. Kürzlich fand hier eine Versammlung statt, zu welcher die Vertreter der bei der Erbauung einer Eisenbahn vom Albthal ins Enzthal in Betracht kommenden Gemeinden eingeladen worden waren. Nachdem Stadtschultheiß Stirn von Neuenbürg die ablehnenden Antworten der Generaldirektion der württ. Eisenbahnen und der badischen Eisenbahngesellschaft vorgetragen hatte, brachte Oberamtsrichter Dr. Sautier einen neuen Antrag des Alb-Elektrizitätswerkes in Ettlingen (Sitz der Gesellschaft in München) ein. Diese Gesellschaft baut nämlich an der Moosalbstraße zwischen Ettlingen und Marxzell ein Elektrizitätswerk. Vier große Turbinen erzeugen dort eine Kraft von ungefähr 1300 Pferdekräften. Die Gesellschaft will nun aber nicht bloß die ganze Gegend mit elektrischem Licht und elektrischer Kraft versorgen, sondern sie will auch die Erbauung einer elektrischen Bahn vom Albthal ins Enzthal übernehmen. Die Bahn soll sodann nicht nur für Personenbeförderung, sondern, was für uns von besonderer Wichtigkeit ist, auch für Holztransport eingerichtet werden. Dazu kommt noch weiter, daß die Bahn nicht schmal-, sondern normalspurig gebaut wird, der neue Antrag fand allgemeinen Beifall. Zum Schluß wurde beschlossen, die ganze Strecke durch einen sachkundigen Ingenieur besichtigen zu lassen und dessen Urteil abzuwarten.

Aenderung der Biersteuer in Württemberg.

Wie schon kurz gemeldet, hat die württ. Regierung dem Landtag einen Gesetzentwurf betr. die Biersteuer vorgelegt, der am 1. Okt. d. J. in kraft treten soll. In den Gesetzentwurf ist, obwohl vom gesundheitlichen Zustand gegen die Verwendung von Reis zur Bierbereitung nichts einzuwenden ist, doch ein allgemeines Surrogatverbot aufgenommen und zwar wie die Begründung betont, „wesentlich mit Rücksicht darauf, daß die neue badische Gesetzgebung sich in dieser Beziehung dem bayer. Vorgang angeschlossen und die Verwendung von Malzsurrogaten zur Bierbereitung ganz allgemein ausgeschlossen hat. Die württ. Brauindustrie hat in der Konkurrenz mit derjenigen der Nachbarstaaten schon bisher einen schweren Kampf zu bestehen, und sie wird gegenwärtig noch, wie die stetige Zunahme der Bierausfuhr nach Württemberg und die Abnahme der Bierausfuhr aus Württemberg beweist, Schritt um Schritt zurückgedrängt. Die Vorteil bringende Konkurrenz wurde dem bayer. Bier wesentlich erleichtert durch die dem Konsumenten bekannte Bestimmung, daß dieses Bier ausschließlich aus Hopfen und Malz bereitet werden darf. Nachdem nun auch Baden zu dem Surrogatverbot übergegangen ist, erscheint es notwendig, daß auch Württemberg in dieser Beziehung folgt."

Die wichtigste Aenderung im materiellen Steuerrecht betrifft die neu geordnete Abstufung der Steuer, durch die eine weitere Erleichterung der kleinen und mittleren und eine mäßige Höherbelastung der größten Bierbrauer herbeigeführt werden soll. Sowohl in Bayern als in Baden zeigen die Steuersätze größere Differenzen, als sie zur Zeit in Württemberg bestehen. Es bezahlt ein Bierbrauer für einen Doppelzentner Malz an Steuer bei einer Malzverwendung von

	50 D.-Ztr.	40000 D.-Ztr.	Differenz
in Württemberg	9 M.	10.69 M.	1.69 M.
in Bayern	10 M.	12.69 M.	2.69 M.
in Baden	8 M.	12.— M.	4.— M.

Soll die Abstufung der Malzsteuer, so führt die Begründung aus, ihren Zweck, die Erhaltung und Stärkung der kleineren und mittleren Betriebe, erfüllen, so muß sie wirksamer gestaltet werden. Es ist nicht bloß die Extraktausbeute, die auf die Menge des von einem bestimmten Malzquantum gewonnenen Bieres von Einfluß ist, sondern es sind dies auch die verschiedenen Abgangsprozente vom Ausschlag der Würze bis zum Abfüllen des Bieres aus den Lagerfässern. Dieser Abgang ist jedenfalls in den größeren, gut eingerichteten Brauereien geringer als in den kleinen, in althergebrachter Weise eingerichteten Brauereien. Bei der Feststellung der einzelnen Steuerstufen muß deshalb der Entwurf auch auf die Verschiedenheit des Abgangs gebührende Rücksicht nehmen. Dazu kam noch die Festsetzung des niedersten Abgabesatzes in dem bad. Gesetz auf 3 M. Sollten die kleineren Bierbrauer insbesondere an der Grenze dem bad. Kleinbrauer gegenüber konkurrenzfähig bleiben, so kann für sie der Steuersatz nicht höher festgesetzt werden, als in Baden. Andererseits müßte jeder Ausfall an der Steuer der Kleinbetriebe, wenn der Ertrag der Steuer nicht in empfindlicher Weise zurückgehen soll, durch entsprechenden Aufschlag für die Großbetriebe wieder ausgeglichen werden. Die Abstufung soll nun folgende sein:

für die ersten 500 Doppelzentner	80	Proz.
für die folgenden 1000 Doppelzentner	100	„
für die folgenden 6500 Doppelzentner	110	„
und für den Rest	120	„

des Steuersatzes (10 M.).

Mehrere in einer Hand befindliche, innerhalb einer Entfernung von 20 km von einander belegene Bierbrauereien werden als eine Bierbrauerei angesehen. Diejenigen Personen, die Bier nur zum eigenen Bedarf im Haushalt bereiten, sollen für die ersten 5 D.-Z. Malz an dem auf 25 Proz. ermäßigten Steuersatz teilnehmen. Eine Mehreinnahme ist mit der Veränderung der Abstufung nicht beabsichtigt: im Gegenteil werden sich die Steuererträgnisse etwas ermäßigen.

Aus den Strafbestimmungen ist hervorzuheben, daß die Verwendung von Malzsurrogaten einer Geldstrafe von 30—10000 M. unterliegt.

Aus der Residenz.

* Karlsruhe, 22. Februar.

= **Hofbericht.** S. K. H. der Großherzog empfing gestern vormittag den Minister v. Brauer zu längerem Vortrag. Nachmittags bis abends hörte S. K. Hoheit die Vorträge des Geh. Legationsrats Dr. Frhrn. v. Babo, des Majors v. Pannewitz und des Legationsrats Dr. Seyb. Nach der am Sonntag, den 19. Februar, abends im Großh. Hoftheater stattgehabten Opern- und Balletaufführung der Mitglieder des Mannheimer Hof- und Nationaltheaters empfingen II. KK. HH. der Großherzog und die Großherzogin in Gegenwart des Generalintendanten Dr. Bürklin den Hofkapellmeister Langer und beauftragten ihn, den Mitgliedern des Orchesters und dem gesamten Personal des Mannheimer Hof- und Nationaltheaters Höchstihre Anerkennung über die wahrgenommenen Leistungen auszusprechen, sowie die Freude und Befriedigung der Höchsten Herrschaften über das Gelingen des Unternehmens eines Austausches der künstlerischen Kräfte zwischen den beiden Kunstinstituten.

BC. **Das Seminar I**, welches vor 14 Tagen wegen Erkrankung zahlreicher Schüler an Influenza den Unterricht einstellte, hat gestern wieder mit dem Unterricht begonnen.

= **Der Bad. Blechner- und Installateur-Verband** hielt am Sonntag hier eine Ausschußsitzung, zu der auch einige Mitglieder des Württemb. Verbandes erschienen waren. Dabei wurde u. a. beschlossen, den diesjährigen Verbandstag am 3. und 4. Juni in Freiburg abzuhalten. Dort sollen auch die das Handwerkergesetz, die freien und die Zwangs-Innungen berührenden Fragen erörtert werden. Von einer mit diesem Verbandstag verbundenen Fachausstellung, wie solche bei den früheren Verbandstagen abgehalten wurde, mußte aus verschiedenen Gründen Umgang genommen werden.

= **Zur Uebersiedelung des „Volksfreunds".** Der Druckvertrag der sozialdemokratischen Partei mit dem Verlag des „Residenzanzeigers" für die Herstellung des „Volksfreunds" in Karlsruhe ist, wie die „Bad. Pr." hört, nicht zustande gekommen. Der Arbeiterverband der Buchdrucker legte Verwahrung ein, daß der „Res.-Anz." mit der Herstellung eines sozialdemokratischen Blattes betraut werde.

□ **Polizeibericht.** Ein Geschäftsführer in der Kronenstraße wurde am 11. bezw. 13. d. M. von einem angeblichen Schneider aus Ungarn um eine Zither im Wert von 23 M. und einen Vorschuß von 2 M. betrogen, weshalb gestern Anzeige gemacht wurde. — In der Amalienstraße wurde am 17. d. M. aus unverschlossenem Hauseingang einem Friseur ein Kinder-Dreirad im Werte von 15 M. entwendet.

* **Ettlingen**, 20. Febr. Am Sonntag nacht verstarb hier nach langem, schweren Leiden Herr Buchdruckereibesitzer Barth, Verleger des „Mittelbadischen Couriers".

Stimmen aus dem Publikum.

√ **Aus dem Amtsbezirk Adelsheim**, 20. Febr. Der Militärverein Hüngheim beabsichtigte dieses Jahr anläßlich des kaiserlichen Geburtstages einen Festball abzuhalten. Diese Absicht mißfiel indessen dem Ortsgeistlichen, Pfarrer Steinbach, welcher in der Kirche sich nicht scheute, etwa folgendes zu sprechen: „Was? Hier in Hüngheim ein Ball? Welch ein Unsinn! Ich warne hiermit jede ordentliche Frau, an demselben teilzunehmen. Diejenigen, die den Ball abhalten wollen, sollen zuerst ihre Schulden bezahlen!" Die Entrüstung über diese Aeußerungen beschränkt sich nicht allein auf die Mitglieder des Hüngheimer Militärvereins, im ganzen Gau verwahren sich alle alten Soldaten gegen diesen Schimpf. Sollte im Lande Baden wirklich ein Geistlicher — dazu noch in solchem Tone — verbieten dürfen, daß sich deutsche Reichsbürger an Kaisers Geburtstag einer anständigen Fröhlichkeit hingeben?!

Handel und Verkehr.

* **Mannheimer Börse, Effekten.** An heutiger Börse notieren bei geschäftlosem Verkehr: Rheinische Kreditbank 142,70 G., Verein Chem. Fabriken 179½ G., Bad. Schiffahrts- und Assecuranz